

**Bericht
über die Sitzung des Ortsgemeinderates Mausbach
vom 23.09.2025**

1. Forstangelegenheiten

Der Vorsitzende informiert die Ratsmitglieder über die stattgefundene Waldbegehung, bei der festgestellt wurde, dass entlang des Zaunes (Waldstück Schmalscheid) mehrere Bäume gefällt bzw. Totholz entfernt werden muss. Üblicherweise erfolgt Holzeinschlag turnusmäßig alle 2 Jahre, somit erst 2026. Sobald das Forstamt Westrich die Kosten für den Holzeinschlag aufgestellt hat, werden diese den Ratsmitgliedern zur Abstimmung vorgelegt, damit eine zeitnahe Umsetzung erfolgen kann.

2. Aufstellung örtliches Hochwasser- und Starkregenkonzept: Durchführung weiterer Maßnahmen

Die Ortsgemeinde Mausbach hat im Jahr 2018 die Aufstellung eines örtlichen Hochwasserschutzkonzeptes zur Starkregenvorsorge beschlossen. Dieses wurde von dem Ingenieurbüro Dilger erstellt.

Ortsbürgermeister Krippleben informiert darüber, dass bisher noch keine der besprochenen Maßnahmen ausgeführt wurde, da sich die Umsetzung im Einzelfall als schwierig erweist. Der Vorsitzende schlägt vor, die Maßnahmen im Zuge der Sanierung der Althornbacher Straße umzusetzen.

Der Ortsgemeinderat beschließt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes bis eine Rückmeldung der SGD Süd vorliegt, ob diese Maßnahmen im Zuge der Sanierung der Althornbacher Straße umgesetzt werden können.

3. Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf“

Sachverhalt:

Die Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz – insbesondere der verbandsangehörigen Gemeinden – verschlechtert sich zusehends; fehlende finanzielle Mittel und damit Spielräume für Interessen und Bedürfnisse der örtlichen Gemeinschaft, überlastetes Ehrenamt, mangelnde Unterstützung und eine überbordende Bürokratie sind nur einige wenige Aspekte, die ernsthaft angegangen werden müssen.

Die Politik auf Bundes- und Landesebene „muss sich endlich ehrlich machen“, soll die kommunale Selbstverwaltung i. S. d. Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 49 Abs. 1 bis 3 LV-RP nicht kollabieren.

Nach dem Motto: „Gemeinsam sind wir stärker – jetzt handeln“ haben sich zahlreiche Gemeinde- und Stadträte überparteilich und sachlich mit nachstehenden – ausgewählten – Forderungen an die Bundes- und Landesebene eingehend beschäftigt und tragen diese nach Beschlussfassung an Herrn Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer mit der dringenden Bitte um Einleitung spürbarer und ernsthafter Schritte – auch im Bundesrat – heran.

Der Ortsgemeinderat befasst sich mit dem vorliegenden Forderungspapier zur Stärkung bzw. Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung für eine lebenswerte Heimat. Dieses beinhaltet zusammengefasst:

Abstract – Forderungspapier „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“

Die Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz sehen ihre kommunale Selbstverwaltung insbesondere durch eine unzureichende Finanzausstattung, überbordende Bürokratie, eingeschränkte Planungshoheit und überlastetes Ehrenamt akut gefährdet. Das Forderungspapier richtet sich an Landes- und Bundespolitik mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit vor Ort nachhaltig zu sichern.

Zentrale Forderungen sind:

➤ Finanzielle Eigenständigkeit:

Reformansätze des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zur Finanzierung von Sozial- und Jugendhilfelaisten; Einführung eines bundesstaatlichen Konnexitätsprinzips bzw. Schärfung des Konnexitätsprinzips nach Art. 49 Abs. 5 LV-RP; Stärkung und Verstetigung der Finanzausgleichs- bzw. Gesamtschlüsselmasse und Abbau zweckgebundener Zuweisungen zugunsten allgemeiner Zuweisungen.

➤ Planungs- und Handlungshoheit:

Einschränkung übergeordneter Eingriffe; Sicherung von Abstandsflächen bei Energieanlagen; Erhalt wiederkehrender Straßenausbaubeiträge und bedarfsgerechte Finanzierung von Infrastruktur.

➤ Entbürokratisierung und Stärkung des Ehrenamtes:

Vereinfachung von Vergabe- und Verwaltungsverfahren; Digitalisierung; flächendeckende Aufgabekritik und Reduzierung von Standards auf ein unabdingbares Maß sowie Unterstützung des Ehrenamtes durch das Land gegenüber Arbeitgebern.

Die Gemeinden fordern spürbare gesetzliche und finanzielle Maßnahmen, um ihre Rolle als Fundament von Demokratie und Heimat im ländlichen Raum zu erhalten und zu stärken.

Der Ortsgemeinderat schließt sich der Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“ an und beschließt das vorliegende „Forderungspapier zur Stärkung bzw. Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung für eine lebenswerte Heimat“.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschlussauszug digital bis spätestens Ende Oktober den Initiatoren der Initiative an ortsgemeinden-stehen-auf@web.de vorzulegen.

Das Forderungspapier soll Mitte November 2025 am Rande des Plenums an Herrn Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer mit Vertretern der angeschlossenen Gemeinden übergeben werden.

4. Energetisches Quartierskonzept; Bestätigung

Der Ortsgemeinderat stimmt dem durch die EnergyEffizienz GmbH erstellten Konzept gemäß Endbericht vom 14.05.2025 zu.

5. Regionales Zukunftsprogramm

Der Ortsgemeinderat ermächtigt den Ortsbürgermeister, im Benehmen mit den Ortsbeigeordneten, weitere Maßnahmen zu benennen, falls die in der Sitzung am 22.05.2025 genannten Maßnahmen nicht den Vorgaben des Förderprogrammes entsprechen würden.

6. Grundstücksangelegenheit; L478 – Erneuerung Brücke - Tauschvertrag

Zur Ausführung der Erneuerungsarbeiten an der Brücke (L 478) bei Mausbach wurden seitens des Landesbetriebes Mobilität (LBM) Flurstücke der Ortsgemeinde Mausbach benötigt.

Im Gegenzug erhält die Ortsgemeinde Mausbach im Rahmen eines Tauschvertrages das im Eigentum des LBM stehende Flst.Nr. 612/1 mit einer Fläche von **159 qm**. Für den Flächenausgleich von 96 qm hat der LBM, gemäß Bodenrichtwert, einen Betrag festgesetzt. Sämtliche Nebenkosten des Grundstücksgeschäfts (Notarkosten etc.) werden vom LBM übernommen.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Die vom LBM zugesagten Maßnahmen wurden bisher noch nicht umgesetzt. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt dem Tauschvertrag nicht zugestimmt werden.

Der Ortsgemeinderat beauftragt die Verwaltung, den LBM mit der Bitte um Stellungnahme anzuschreiben.

7. SGD Süd - Hochwasserschutz

Der Vorsitzende informiert darüber, dass im vergangenen Jahr eine Begehung bzw. Gewässerschau mit der SGD Süd stattgefunden hat. Im Zuge dessen hat die SGD Süd zugesagt, im Bereich unmittelbar vor und nach der Brücke umgestürzte Bäume und Totholz aus dem Gewässerbett zu entfernen, weil dadurch Treibholz, Müll und Unrat angestaut wird. Bisher wurde von der SGD Süd keine dieser Maßnahmen umgesetzt. Hingegen hat die SGD Süd im Anschluss an die Begehung einigen Bürgern ein Schreiben zugestellt und diese angemahnt, innerhalb einer Frist, die Gefahrenpunkte von ihren Grundstücken zu entfernen.

Ortsbürgermeister Krippleben schlägt vor, ein Schreiben an die SGD Süd zu verfassen mit der Bitte um Stellungnahme bis Ende November 2025.

Der Ortsgemeinderat beauftragt die Verwaltung, die SGD Süd mit der Bitte um Stellungnahme anzuschreiben, wann die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Gefahrenpunkte beseitigt werden.